Endlagersuche für Atommüll: Niedersachsen muss auf lange Wartezeit gefasst sein

Umweltminister Meyer fordert mehr Tempo bei der Endlagersuche für Atommüll. Ein Gutachten zeigt, dass sich die Suche bis 2074 hinziehen könnte.

Hannover. In Niedersachsen sorgt die anhaltende Unsicherheit über die Endlagerung von hochradioaktivem Atommüll für Besorgnis. Ein kürzlich veröffentlichtes Gutachten des Bundesamtes für die Sicherheit nuklearer Entsorgung (BASE) lässt darauf schließen, dass die Suche nach einem endgültigen Standort noch viele Jahrzehnte in Anspruch nehmen könnte. Dieses Thema betrifft nicht nur die Politik, sondern hat auch weitreichende Folgen für die betroffenen Regionen.

Langsame Fortschritte bei der Endlagersuche

Das Gutachten des Öko-Instituts weist darauf hin, dass selbst unter besten Bedingungen die Benennung eines Endlagerstandorts nicht vor 2074 erfolgen kann. Ursprünglich war angestrebt worden, dass ein Standort bis 2031 gefunden wird. Problematiken im Zeitplan und der unzureichende Berücksichtigung von Verfahrensschritten durch die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) könnten zu weiteren Verzögerungen führen.

Umweltauswirkungen und Sicherheitsbedenken

Umweltminister Christian Meyer (Grüne) äußerte sich besorgt über die Konsequenzen der Verzögerungen. Im Rahmen eines Zwischenlagersystems könnte der Atommüll in Niedersachsen für deutlich längere Zeiträume gelagert werden, was erhebliche Sicherheitsbedenken nach sich ziehen könnte. Meyer betonte, dass die derzeitigen Zwischenlager nicht zu dauerhaften Lagerstätten werden dürfen.

Verantwortung für kommende Generationen

Die Forderung nach einer schnelleren Endlagersuche ist für Minister Meyer nicht nur eine Frage der Effizienz, sondern auch der Verantwortung. „Diese Generation hat den Atommüll produziert, ohne ein Endlager zu haben. Daher tragen wir auch die Verantwortung“, erklärte er. Er fordert vom Bund mehr Engagement, um das Problem nicht auf zukünftige Generationen zu verschieben.

Reaktionen der Bürgerinitiativen

Vertreter von Bürgerinitiativen wie der Umweltschutz Lüchow-Dannenberg zeigen sich über die neuen Erkenntnisse nicht überrascht. Die geschätzte Lagerung von 40 Jahren für hochradioaktive Abfälle könnte sich nun auf rund 100 Jahre verlängern. In Gorleben soll bereits 2025 ein neues Genehmigungsverfahren beginnen, da die Castorhalle 2034 ihre Betriebsgenehmigung verlieren könnte.

Standorte unter der Lupe

Aktuelle Zwischenlager stehen nicht nur in Gorleben, sondern auch in Ahaus sowie an den Standorten der Atomkraftwerke, deren Betriebsgenehmigungen normalerweise auf 40 Jahre befristet sind. Der Ausfall eines lange als sicher geltenden Standorts wie Gorleben hat das Verfahren weiter verkompliziert und führt zu einer angespannten und unsicheren Lage.

Zukunftsperspektiven

Die Unsicherheiten rund um die Endlagerung von Atommüll und die Notwendigkeit einer schnellen Lösung sind für die betroffenen Regionen von großer Bedeutung. Es bleibt zu hoffen, dass der Druck von Politikern und Bürgern bald zu Fortschritten führt. Die Debatte über die Verantwortung der aktuellen Generation und die Sicherheit der Bevölkerung wird auch in den kommenden Jahren ein zentrales Thema bleiben.

epd/dpa

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)